

3.5

Plausibilitätsbewertung

Zur Bewertung der Plausibilität des Erreichens der Klimaziele orientieren wir uns an den Plausibilitätsbewertungen des *Hamburg Climate Futures Outlook* (Engels und Marotzke 2023), haben jedoch die Granularität der Einschätzung etwas verfeinert. Anstelle einer einfachen Unterscheidung zwischen *plausibel* und *nicht plausibel* verwenden wir eine *Plausibilitätsskala* mit folgenden Abstufungen:

- ▶ *Sehr plausibel*: andere Szenarien erscheinen wenig oder nicht plausibel.
- ▶ *Plausibel*: das untersuchte Szenario ist realistisch erwartbar.
- ▶ *Wenig plausibel*: das Szenario ist derzeit nicht erwartbar, es bestehen jedoch beobachtbare Dynamiken, deren Intensivierung oder qualitative Veränderung die Einschätzung verändern könnte.
- ▶ *Nicht plausibel*: das Szenario ist gegenwärtig nicht realistisch erwartbar; zu seiner Realisierung wären grundlegende Veränderungen der Dynamiken und Kontextbedingungen der Treiber notwendig.

Grundlage der Bewertung ist das Szenario „Gesellschaft der Klimawende“, das wir aus einer Zusammenschau existierender Klimaneutralitätsszenarien und deren gesellschaftlicher und politischer Annahmen herausgearbeitet haben. Dieses Szenario ist gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden, umfassenden und langfristigen Wandel – also durch Veränderungen, die soziale Praktiken und Lebensstile ebenso betreffen wie Staat, Verwaltung, Wirtschaftssektoren und gesellschaftliche Institutionen.

Damit ein solcher Wandel ausreichend Dynamik entfaltet und gegenüber politischen Veränderungen robust bleibt, müssten erstens die *staatlichen Handlungskapazitäten* im klimapolitischen Bereich auf allen Ebenen – insbesondere in den Kommunen – gestärkt werden; zweitens die *gesellschaftliche Resonanzfähigkeit* für die Klimawende wachsen; und drittens eine aktive *gesellschaftliche Trägerschaft* jenseits des politischen Systems entstehen und sich langfristig institutionalisieren.

Teilweise abnehmende Resonanz, bei bestehenden Unterstützungspotentialen

Zwischen ökologischer Dringlichkeit, politischem Gestaltungswillen und gesellschaftlicher Rückbindung besteht ein Spannungsverhältnis. Zwar bleibt die grundsätzliche Zustimmung zum Klimaschutz vergleichsweise hoch, sie ist jedoch seit dem Höhepunkt der Jahre 2018–2022 rückläufig und zunehmend ungleich verteilt. Demografische,

sozialstrukturelle und regionale Unterschiede treten deutlicher hervor, begleitet von Wandelmüdigkeit, Vertrauensverlust in Institutionen und abnehmender Umweltorientierung, insbesondere bei jüngeren Menschen. In der Folge wird die Klimawende teils als Elitenprojekt oder Zumutung wahrgenommen – vor allem, wenn Maßnahmen sozial ungerecht oder technokratisch umgesetzt werden. Gleichzeitig bestehen weiterhin breite Resonanzpotenziale, auch jenseits der progressiven „Kernklientel“ von Klimapolitik.

Demgegenüber steht ein anti-ökologischer Backlash, der durch rechte Mobilisierungen angetrieben wird und sich zunehmend als übergreifender gesellschaftlicher Trend gegen Klimaschutz verfestigt. Klimapolitik wird dabei nicht nur abgelehnt, sondern auch aktiv untergraben – durch diskursive Verschiebungen, strategische Verzögerung und ideologische Reframings. Beispiele wie die diskursiven Attacken und Diffamierungen gegen die Klimabewegung, die Kontroversen um das Gebäudeenergiegesetz oder die Bauernproteste zeigen, dass *Klimapolitik selbst zur Arena und zum Katalysator gesellschaftlicher Konflikte* geworden ist. Der Backlash entfaltet seine Wirkung dabei weit über parteipolitische Interventionen hinaus – in Medien, Institutionen und Diskursen –, indem er Maßnahmen delegitimiert und sie in Narrative staatlicher Übergriffigkeit überführt.

Bewertung der Treiber und ihrer Wechselwirkungen

Im Beobachtungszeitraum zeigt sich insgesamt – also in der Zusammenschau der Treiber und ihrer Wechselwirkungen – eine abnehmende Dynamik für Klimaschutz im Vergleich zum letzten Bericht. Zwar bestehen zentrale Regelwerke fort und sorgen für eine gewisse politische und wirtschaftliche Stabilität der Zielorientierung, doch dürften sich bestehende Umsetzungslücken in absehbarer Zukunft weiter vergrößern.

In der globalen Klimagovernance, in der deutschen und europäischen Klimapolitik sowie beim Protestgeschehen schwächt sich die Dynamik zuletzt ab. Auch für die nähere Zukunft erwarten wir aus dem politischen System und aus der globalen Governance – trotz des Möglichkeitsfensters, das die COP30 in Belém unter brasilianischer Präsidentschaft eröffnet – keine entscheidenden Impulse. Die Klimabewegung befindet sich in einer Phase der Neuorientierung und könnte künftig vor allem themenspezifische Impulse setzen, wenn es gelingt,

Klimaschutz erfolgreich mit anderen gesellschaftlichen Anliegen zu verknüpfen.

Aus dem Handlungsfeld der Wirtschaft ist derzeit keine Beschleunigung der Transformation zu erwarten. Der Treiber Unternehmenshandeln wirkt ambivalent: In verschiedenen Sektoren und Unternehmensgrößen verlaufen die Entwicklungen teils gegenläufig, und die Dynamik reagiert stark auf konjunkturelle Schwankungen und politische Signale. Der Treiber Konsum wirkt – trotz einzelner klimafreundlicher Trends etwa im Bereich Ernährung oder Energie – derzeit insgesamt hemmend. Dazu tragen unter anderem die Zunahme der gesamten Konsumvolumina, der Erfolg neuer, besonders ressourcenintensiver Produktlinien wie SUVs sowie die Vertiefung sozialer Ungleichheiten bei, die klimafreundliche Konsumententscheidungen erschweren. Die Analysen zeigen zudem, dass Veränderungen aus nur einem gesellschaftlichen Bereich heraus kaum realistisch sind: Weder individuelle Verhaltensänderungen noch freiwilliges Unternehmensreporting reichen aus, solange die zugrunde liegenden strukturellen Bedingungen nicht mitverändert werden.

Eine gegenüber anderen Treibern etwas robustere Dynamik weist derzeit der kommunale Klimaschutz auf. In den vergangenen Jahren wurden Stellen geschaffen, Klimaschutzkonzepte entwickelt, Initiativen lanciert und Förderprogramme aufgelegt, die die lokale Klimawende vorantreiben – trotz teilweise abnehmender Resonanz für Maßnahmen und regional unterschiedlich ausgeprägtem Druck durch rechte und anti-ökologische Gegenbewegungen. Gerichtliche Auseinandersetzungen rund um die Einhaltung von Klimazielen und unternehmerische Verantwortung für Klimagerechtigkeit nehmen sogar zu.

Der Schwung aus der Klimabewegung und den regulatorischen Initiativen der Jahre 2018–2020 wirkt in Teilen also nach – in der lokalen Praxis kommunalen Klimaschutzes und der Dynamik von Klimaklagen.

Übergreifende Trends

Übergreifend zeigen sich mehrere Trends, die die Dynamik der Transformation prägen. Dazu zählt erstens der globale Aufstieg rechter Bewegungen – etwa in den USA unter Trump, aber zunehmend auch in Europa und Deutschland – sowie die Zunahme geopolitischer Spannungen und militärischer Konflikte. Diese unterminieren in vielen Treibern das Momentum für Klimaschutz.

Zweitens wirken auf technologischer Ebene fallende Kostenkurven bei erneuerbaren Energien und Batterien in vielen Bereichen unterstützend, doch wird dieser Effekt zunehmend durch eine wachsende Energienachfrage infolge von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz konterkariert.

Drittens lässt sich in struktureller Hinsicht erkennen, dass die gesellschaftlich stabilisierende

Funktion von Wirtschaftswachstum und steigendem Konsum sowie die Verteidigung ressourcenintensiver, „imperialer Lebensweisen“ die Transformation zur Klimaneutralität erheblich erschweren. Diese tieferliegenden Treibkräfte der Emissionsentwicklung bleiben in aktuellen politischen Lösungsansätzen bislang weitgehend ausgeblendet.

Schlussbewertung

Das Erreichen des Ziels der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 erscheint angesichts der beobachtbaren und künftig zu erwartenden Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft derzeit wenig plausibel.

Wir beobachten eine in Teilen der Bevölkerung abnehmende Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen und einen zunehmenden anti-ökologischen Backlash, sichtbar etwa in den Konflikten um das Gebäudeenergiegesetz oder bei den Bauernprotesten. Während bestehende gesetzliche Regelwerke – wie das Bundes-Klimaschutzgesetz, der EU-Green-Deal oder das Pariser Abkommen – die Transformation durch ihre Zielsetzungen und Prozesse weiterhin vorantreiben, wirken gegenwärtige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Dynamiken zunehmend hemmend.

Indem zentrale Regelwerke infrage gestellt werden, wächst die Unsicherheit für Kommunen, Verbraucher*innen und Marktakteure. Zugleich schränken neue politische und rechtliche Entwicklungen zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ein.

Wir erwarten **zunehmende Spannungen** aus dem Zusammenspiel von gesetzlich verankerten Klimazielen, wachsenden Umsetzungslücken und sozialen Schieflagen in der Transformation. Dadurch steigt mittelbar der rechtliche und politische Handlungsdruck, während zugleich die ungleichen Verteilungswirkungen der Klimawende sichtbarer werden und Mobilisierungspotenziale gegen Klimaschutz eröffnen.

Eskalationspotenzial entsteht insbesondere dann, wenn Sofortmaßnahmen die Preise für Energie, Konsumgüter oder Dienstleistungen erhöhen und diese Effekte politisch gegen die Klimawende instrumentalisiert werden. Werden solche Spannungen nicht entschärft, können sie sich zu selbstverstärkenden Dynamiken aus Verzögerung, Verteuerung, Konflikt und Resonanzverlust verdichten.

Mittelfristig bergen solche **Blockade- und Eskalationskaskaden** das Risiko ernsthafter klimapolitischer und gesellschaftlicher Rückschritte.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs